



Interviews

Datum: 10. November 2022

Jürgen Hardt im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Am Telefon ist Jürgen Hardt (CDU), außenpolitischer Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Wahlkreis Solingen-Remscheid-Wuppertal in Nordrhein-Westfalen. – Guten Morgen!

Jürgen Hardt: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Hardt, Biden muss voraussichtlich mindestens gegen eine Kammer des Kongresses regieren. Mit welchen Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik der USA rechnen Sie?

Hardt: Die außen- und sicherheitspolitischen Fragen haben ja in dem Wahlkampf in Amerika keine besondere Rolle gespielt. Aber es gibt einen Knackpunkt und das ist das, dass Außen- und Sicherheitspolitik Geld kostet und dass der amerikanische Präsident dieses Geld vom Kongress bewilligt bekommen muss. Wir haben in Amerika eine hohe Verschuldung. Immer dann, wenn der Präsident eine politische Aktion plant – und das Allermeiste ist ja mit Geld verbunden, erst recht, wenn es zum Beispiel um Verteidigung, NATO und Europa, amerikanische Truppen in Europa geht –, dann braucht er Unterstützung des Kongresses. Ich glaube, da müssen wir als Deutsche und Europäer ihm helfen. Wir müssen unsere Versprechen, dass wir mehr tun für unsere eigene Verteidigung, einlösen, damit ihm nicht die Republikaner im Nacken sitzen und in Amerika sagen, seht ihr, jetzt leben die Europäer wieder auf unsere Kosten und der Präsident lässt das zu.

Heinemann: Herr Hardt, die Republikaner haben die Militärhilfe für die Ukraine in Frage gestellt und begründen das damit, dass die Milliarden die Inflation anheizen würden. Welche Folgen hätten solche Kürzungen?

Hardt: Solche Kürzungen wären bitter. Ich glaube allerdings nicht, dass es am Ende dazu kommt, denn die mögliche Mehrheit der Republikaner im Abgeordnetenhaus, sehr unwahrscheinlich vielleicht auch im Senat, aber im Abgeordnetenhaus wird es vermutlich eine republikanische kleine Mehrheit geben – wenn es ums Geld geht, ist immer für den Präsidenten Spielraum da, weil auch unter den republikanischen Abgeordneten viele dabei

sind, die spezielle Anliegen in ihren Wahlkreisen haben, die spezielle Themen haben, die Geld kosten. Der amerikanische Präsident wird klug genug sein, da entsprechende Pakete zu schnüren, dass er seine Projekte durchbekommt, auch gegen eine formale Mehrheit im Abgeordnetenhaus, weil doch dann eine Reihe von republikanischen Abgeordneten aus den Interessen ihres Wahlkreises heraus zustimmen. Ich traue Joe Biden, der ja sehr viel Erfahrung hat, jahrelang Senator war, acht Jahre lang Vizepräsident, jetzt zwei Jahre lang Präsident, dass Joe Biden das Fingerspitzengefühl hat, das hinzubekommen. Aber es wäre eine große Enttäuschung für Amerika und auch Wasser auf die Mühlen der Republikaner, wenn wir zum Beispiel nächstes Jahr im Frühjahr den Verteidigungshaushalt 2022 des Bundeshaushalts abrechnen, konkret gucken, was ist ausgegeben worden, und dann feststellen, was ich befürchte, dass zum Beispiel von diesen 100 Milliarden Sondervermögen Bundeswehr kein einziger Cent ausgegeben worden ist, weil da überhaupt noch keine Bestellungen vorgenommen worden sind, und dann wird man in Amerika wieder sagen, die Europäer, speziell die Deutschen, die leben auf unsere Kosten, was ihre Sicherheit angeht, und das müssen wir, wie ich finde, unbedingt vermeiden und da sollte die Bundesregierung auch jetzt rasch klare Signale setzen.

Heinemann: Zurück zur Wahl. Keine rote Welle. Was bedeutet das für Donald Trump?

Hardt: Das war, glaube ich, schon Rückenwind für Donald Trump. Die Wahl ...

Heinemann: Rückenwind?

Hardt: Entschuldigung!

Heinemann: Gegenwind?

Hardt: Gegenwind für Donald Trump, denn die Wahl hat ja mobilisiert bei den Republikanern in zweierlei Hinsicht. Zum einen hat es viele gegeben, die Trump-Anhänger sind und die von der gestohlenen Wahl fantasieren von vor zwei Jahren und die deswegen zur Wahl gegangen sind. Aber wir haben auch in anderen Bereichen zum Beispiel in Florida gesehen, dass die Republikaner eine hohe Mobilisierung hinbekommen haben für Kandidaten, die explizit eher kritisch gegenüber Trump stehen und in Konkurrenz zu Trump stehen. Diese Mobilisierung hat auch zu einer relativ hohen Wahlbeteiligung geführt. Und bei den Demokraten wiederum eine hohe Mobilisierung, weil man unbedingt verhindern will, dass Joe Biden eine Niederlage erleidet. Somit ist der Wahlausgang am Ende über Mobilisierung

entschieden worden und doch etwas anders ausgegangen als das die Vorhersagen, die Prognosen gesagt haben, denn es ist ja immer noch ein Unterschied, ob man am Telefon bei einer Umfrage sagt, ich wähle am kommenden Dienstag so oder so, und ob man dann tatsächlich auch zur Wahl geht.

Heinemann: Wie erklären Sie es sich, dass Donald Trump nach dem Sturm auf das Kapitol in den USA überhaupt noch eine Rolle in der Politik spielen kann?

Hardt: Das ist das große Rätsel, was ich mir nur erklären kann durch die sehr abgeschlossenen Kommunikationswelten, in denen die amerikanische Gesellschaft sich bewegt. Anders als das früher in Amerika war und zum Glück auch noch bei uns ist, dass man als Anhänger einer bestimmten Partei auch Menschen kennt, die anders denken und anders wählen und sich auch möglicherweise mit deren Argumenten auseinandersetzt und auch seine eigene Überzeugung ein Stück weit daran schärft, dass man sich mit den anderen Positionen auseinandersetzt, das findet in Amerika in weiten Teilen nicht mehr statt. Die Menschen informieren sich sehr einseitig. Wenn Sie in Amerika Fernsehsender einschalten, dann merken Sie nach kurzer Zeit, auf welcher Seite der Sender jeweils steht, und Sie erleben dann doch eine sehr einseitige Darstellung der politischen Wirklichkeit. Und wenn Sie in die sozialen Netzwerke gehen, ist das noch viel schlimmer. Es gibt leider keinen politischen Austausch zwischen den Lagern, zwischen den Denklagern in Amerika. Das ist in den letzten Jahren noch schlimmer geworden und das führt dazu, dass so ein Vorwurf, dass es einen Sturm auf das Kapitol nie gegeben hätte, oder dass die Wahl vor zwei Jahren eine „gestohlene Wahl“ war, dass sich das dann doch jeweils in einer Gruppe durchsetzt und die Menschen quasi immun sind gegen jedes sachliche Argument, was dagegen spricht.

Heinemann: Ist vor dem Hintergrund die gegenwärtige Republikanische Partei eher mit CDU und CSU oder mit der AfD zu vergleichen?

Hardt: Ich fürchte, dass zumindest das Trump-Lager mit seiner rechtspopulistischen Agitationsweise und auch mit der Art und Weise, wie der politische Gegner diffamiert wird und wie Andersdenkende diffamiert werden, ganz klar eher im Lager der AfD bei uns zu verorten wäre. Ich glaube, das Lager der Mitte in Amerika, das was im Grunde bei uns repräsentiert wird durch die demokratischen Parteien der Mitte des Deutschen Bundestages, das ist in Amerika meines Erachtens heute eher bei den Demokraten zu sehen. Das ist allerdings für die Demokraten auch ein Problem, weil sie doch eine sehr große Spreizung ihres politischen Spektrums zwischen klar linken, sozialistischen Positionen einerseits und bürgerlich-liberalen Positionen andererseits repräsentieren müssen. Da wird vielleicht Joe Biden als Präsident unterschätzt, weil er als Präsident doch aus der Erfahrung und auch aus

der Seniorität heraus ein Stück weit diese Flügel bei den Demokraten schon zusammenbringen kann. Deswegen ist er vielleicht doch ein guter Kandidat gewesen und vielleicht auch für die nächste Wahl wieder ein guter Kandidat.

Heinemann: Herr Hardt, schauen wir noch aufs Tagesgeschäft. Die US-Regierung subventioniert die Wirtschaft mit 430 Milliarden Dollar – auf Kosten durchaus europäischer Unternehmen, die obendrein noch hohe Energiepreise stemmen müssen. Es arbeitet jetzt eine EU-USA-Arbeitsgruppe daran. Wie protektionistisch verhält sich Joe Biden?

Hardt: Wir haben leider nach der Absage des großen Projektes TTIP, ein ambitioniertes Handelsabkommen zwischen Nordamerika und der Europäischen Union, keine Fortschritte, sondern eher Rückschritte im Blick auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen erlebt, nicht unbedingt was die Zahlen angeht, aber was die Rahmenbedingungen angeht, und ich glaube, wir müssen als Europäische Union gerade jetzt, angesichts des Ungleichgewichts, was die Energiekosten angeht – das wird sich vielleicht auch noch in Zukunft weiter verschärfen, weil Amerika ja energiepolitisch sehr weit unabhängig ist von Lieferungen, von Importen von außen; das ist bei uns in Europa ja grundlegend anders, noch grundlegend anders –, insofern wird sich das eher spreizen. Deswegen kann ich nur an die deutsche Bundesregierung appellieren, jetzt die nächsten zwei Jahre mit Joe Biden als Präsident zu nutzen, um doch noch einen neuen Anlauf zu unternehmen, voranzukommen und auch solche Wettbewerbsunterschiede auszugleichen.

Heinemann: Herr Hardt, wenn es bei dieser Arbeitsgruppe keine Fortschritte geben sollte, wie sollte die EU dann darauf reagieren?

Hardt: Die erste und einfachste Antwort wäre, dann müssten wir es ihnen mit der gleichen Münze heimzahlen. Das ist allerdings ein ausgesprochen schlechtes Geschäft, gerade für Deutschland, die ja deutlich mehr exportieren als importieren. Insofern sind wir daran interessiert, dass Handelsbarrieren möglichst niedrig sind oder gar komplett entfallen, und deswegen müssen wir auch auf die Amerikaner zugehen und ganz konkret offen sein für deren Argumente, wo sie sich umgekehrt benachteiligt fühlen. Ich glaube, dass man auf der Basis mit sachlichen Argumenten unter vernünftigen Politikern gute Ergebnisse erzielen kann, so wie das ja mit Biden schon geschehen ist. Ein Teil der Strafzölle, die wir unter Trump verhängt bekommen haben, sind Gott sei Dank unter Biden aufgehoben worden.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und
Diskussionen nicht zu eigen.*